

„Die Zeit der symbolischen Gesten ist vorbei!“

Am Montag haben die deutschen Bischöfe auch über das Münchner Missbrauchsgutachten beraten. Erstmals hat sich der Trierer Bischof und kirchliche Missbrauchsbeauftragte Stephan Ackermann dazu geäußert.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Seit am Donnerstag das Münchner Missbrauchsgutachten vorgestellt wurde, ist kein Tag vergangen, an dem sich nicht ein katholischer Bischof zu den Inhalten oder kirchlichen Protagonisten geäußert hätte. Nur vom kirchlichen Missbrauchsbeauftragten und Trierer Bischof Stephan Ackermann war zumindest öffentlich zunächst nichts zu hören. Bis am Montagvormittag. Da gab auch Ackermann seine Zurückhaltung auf und blies ins gleiche Horn wie seine Amtsbrüder Georg Bätzing oder Helmut Dieser.

Die beiden Bischöfe mit Trierer Vergangenheit – Bätzing war einst Trierer Generalvikar, Dieser Weihbischof – hatten schon an den vorausgegangenen Tagen ziemlich deutlich Konsequenzen aus dem Münchner Gutachten gefordert. Ziemlich deutlich forderten beide den früheren Papst und einstigen Münchner Erzbischof Joseph Ratzinger auf, Verantwortung zu übernehmen. „Vertuscht, verdeckt wurde lange genug“, sagte Bischofskonferenz-Vorsitzender Bätzing am Freitag in Trier, jetzt sei die Zeit der Wahrheit.

Ähnlich äußerte sich jetzt auch der kirchliche Missbrauchsbeauftragte. Dass in dem Gutachten auch einem ehemaligen Papst schwere Verfehlungen vorgeworfen würden, sei für viele Gläubige kaum mehr zu fassen und zu ertragen, sagte Stephan Ackermann am Montag unserer Redaktion. Deshalb halte er es für notwendig, „dass sich nicht nur Kardinal Marx und seine noch lebenden Vorgänger zu dem Gutachten ver-



Auch der Missbrauchsbeauftragte der Katholischen Kirche, der Trierer Bischof Stephan Ackermann, hat sich nun zu Wort gemeldet.

FOTO: RAINER NEUBERT

halten, sondern auch der emeritierte Papst“, so Ackermann. Welche Reaktionen sich der Missbrauchsbeauftragte konkret von dem ehemaligen Pontifex erwartet, ließ der 58-Jährige offen.

Etwa zur gleichen Zeit kam aus Rom eine erste Rolle rückwärts. Benedikts Privatsekretär Georg Gänswein ließ über die Katholische Nachrichtenagentur KNA verkün-

den, dass sich der emeritierte Papst in einer im Gutachten zitierten Einlassung vertan habe. Dabei ging es um die Teilnahme an einer Sitzung, in der über einen Priester gesprochen wurde, der mehrfach wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern auffällig geworden war.

Entgegen seiner ursprünglichen Angaben habe Ratzinger seinerzeit doch an dieser Sitzung im Januar

1980 teilgenommen. Die anderslautende Darstellung sei „nicht aus böser Absicht heraus geschehen, sondern Folge eines Versehens bei der redaktionellen Bearbeitung seiner Stellungnahme“, so der Privatsekretär des Papstes a.D.

Dass dieses halbherzige Eingeständnis einer Falschaussage die Kritik am Verhalten Ratzingers abebben lassen wird, ist kaum zu vermu-

ten. Denn die Münchner Anwälte erkennen ein Fehlverhalten Ratzingers auch noch in drei weiteren Fällen, was der ehemalige Münchner Erzbischof aber bestreitet. Er habe von den Taten „keine Kenntnis“ gehabt, so der emeritierte Papst in seiner ursprünglichen Einlassung. Er sehe die Versäumnisse bei anderen „Personalverantwortlichen“.

Auch diese Aussage mag der Aachener Bischof Helmut Dieser im Hinterkopf gehabt haben, als er in seiner Sonntagspredigt sagte: „Es kann nicht dabei bleiben, dass Verantwortliche sich flüchten in Hinweise auf ihr Nichtwissen oder auf damalige andere Verhältnisse oder andere Vorgehensweisen.“

Und wie geht's in Sachen Aufarbeitung jetzt weiter? Am Donnerstag wird sich das Münchner Erzbistum zu dem ein Woche zuvor veröffentlichten knapp 1900 Seiten umfassenden Gutachten äußern. Nicht ausgeschlossen, dass es im Umfeld dieses Termins zu einem neuerlichen Rücktrittsangebot des Münchner Kardinals (und ehemaligen Trierer Bischofs) Reinhard Marx kommen wird.

Für die amtskirchenkritische Vereinigung „Wir sind Kirche“ reicht ein solcher Schritt aber nicht aus. „Rücktritte auf den verschiedenen Leitungsebenen mögen nötig sein“, sagte am Montag Sprecher Christian Weisner. Wichtiger aber sei der grundlegende Perspektivenwechsel, für den sich viele Reformkräfte in der Kirche seit Jahrzehnten einsetzen.

Im Bistum Trier, wo die Unabhängige Aufarbeitungskommission ihre Arbeit ja erst vor wenigen Monaten aufgenommen hat, verweist Bischof Stephan Ackermann darauf, dass die Zeit der symbolischen Gesten vorbei sei. „Gegenwärtig und zukünftig werden solche Gesten nur eine Wirkung entfalten können, wenn sie echt, durch ehrliche und konsequente Aufarbeitungsprozesse und durch zukunftsgerichtete Maßnahmen unterlegt sind“, sagt der kirchliche Missbrauchsbeauftragte. „Darán arbeiten wir, und das sehe ich als meine Verpflichtung.“

Queere Katholiken fordern Rechte bei der Kirche ein

BERLIN/HAMM (dpa) In einer bisher beispiellosen Aktion haben sich 125 Priester und andere Beschäftigte der katholischen Kirche als queer geoutet und eine Reform des Arbeitsrechts gefordert. „Die Gemeindefunktionäre, die ihre Freundin heiraten will, verliert ihren Job“, sagte Pfarrer Bernd Mönkebüscher aus Hamm der Deutschen Presse-Agentur. Das könne im Jahr 2022 unmöglich so bleiben.

Als queer bezeichnen sich Menschen, die nicht heterosexuell sind oder sich nicht mit dem traditionellen Rollenbild von Mann und Frau oder anderen gesellschaftlichen Normen rund um Geschlecht und Sexualität identifizieren.

Die Aktion mit dem Namen „#OutInChurch Für eine Kirche ohne Angst“ fand am Montag viel Zustimmung. „Was für ein Mut!“, twitterte Sven Lehmann (Grüne), der Beauftragte der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Carolin Kebekus zeigte sich ebenfalls begeistert: „Diese tolle Initiative hat mich so ins Herz getroffen“, sagte die Komikerin, die sich in ihren Sendungen oft mit der Kirche beschäftigt, der Deutschen Presse-Agentur. „Wie viele Menschen für die Kirche tätig sind und in ständiger Angst leben müssen, von ihr sanktioniert zu werden, lässt einen erneut fassungslos zurück.“ Die Initiative zeige aber auch, dass es mittlerweile innerkirchliche Institutionen gebe, „die absolut bereit sind für eine Modernisierung, Reformen wollen und dies auch öffentlich kundtun.“

20 katholische Verbände und Organisationen, vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken bis zum Katholischen Deutschen Frauenbund, solidarisierten sich mit den Forderungen. „Wir stellen uns ausdrücklich gegen Homophobie und fordern eine Kultur der Diversität in der katholischen Kirche“, erklärten sie.

Auch einzelne Bischöfe stellten sich hinter die Aktion. „Eine Kirche, in der man sich wegen seiner sexuellen Orientierung verstecken muss, kann nach meinem Dafürhalten nicht im Sinne Jesu sein“, sagte der Hamburger Erzbischof Stefan Heße.

Bund stoppt Förderung für Hausbauer und sorgt für Proteste

Wirtschaftsminister Habeck ist erst ein paar Wochen im Amt, nun sorgt eine Entscheidung seines Hauses für großen Wirbel. Es hagelt Kritik.

VON ANDREAS HOENIG UND TOBIAS HANRATHS

BERLIN (dpa) Schlechte Nachrichten für Hausbauer: Die neue Bundesregierung hat angesichts einer Antragsflut und drohender Mehrkosten in Milliardenhöhe staatliche Förderungen für Neubauten gestoppt. Dabei geht es um Programme für mehr Energieeffizienz. Begründet wurde dies auch mit einer „Fehlsteuerung“ beim Klimaschutz. Im Wirtschaftsministerium war intern von einer „Notbremse“ die Rede. Der Schritt löste Proteste der Wohnungswirtschaft aus. Der Bund plant nun neue Förderprogramme sowie gesetzliche Neubaustandards.

„Der Antragsstopp ist für die betroffenen Antragsteller eine traurige und enttäuschende Nachricht“, sagte Energiestaatssekretär Patrick Graichen am Montag in Berlin. „Wir hätten diesen Schritt gern vermieden. Allerdings wurde in den vergangenen Jahren versäumt, die Förderkulisse und die gesetzlichen Neubaustandards anzupassen.“ Stattdessen sei eine veraltete Förderung fortgeschrieben worden, die falsche Anreize setze.

Diese Fehlanreize hätten einen beispiellosen Run auf die Mittel produziert, so Graichen. „Ein Stopp der alten Förderung war deshalb jetzt unumgänglich. Wir nehmen als neue Bundesregierung diese missliche Situation zum Anlass, die Förderung und die gesetzlichen Standards für Neubauten zügig neu zu ordnen.“

Konkret können ab sofort zunächst keine neuen Anträge für Fördermittel für die Programme der staatlichen Förderbank KfW in der Bundesförderung für effiziente Gebäude gestellt

Angesichts einer Antragsflut und einer „Fehlsteuerung“ hat die neue Bundesregierung die Förderung für energieeffiziente Gebäude vorläufig gestoppt und plant eine grundlegende Reform.

FOTO: DPA



werden. Dies gilt laut Ministerium für folgende Programme: das sogenannte Effizienzhaus 55 im Neubau, das Effizienzhaus (EH) 40 im Neubau sowie die energetische Sanierung.

Die Neubauförderung des sogenannten Effizienzhauses 55 wäre ohnehin zum Monatsende ausgelaufen. Über die Zukunft der Neubauförderung für EH40-Neubauten soll zügig entschieden werden, so das Ministerium. Die Einstufung bedeutet, dass das Gebäude nur 55 Prozent beziehungsweise 40 Prozent der Energie verbraucht, die ein Standardhaus benötigt. Eine Maßnahme für mehr Energieeffizienz ist etwa Wärmedämmung. Die Förderung für

Sanierungen soll wieder aufgenommen werden, sobald entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt sind.

Das im November 2021 angekündigte nahende Ende der EH55-Neubauförderung habe zu einem beispiellosen „Run“ auf die Förderung geführt, so das Ministerium. Die derzeit zur Verfügung stehenden Mittel reichten dafür aber nicht aus. Allein im Zeitraum November 2021 bis heute seien bei der KfW Anträge in Höhe von mehr als 20 Milliarden Euro Förderolumen eingegangen.

Nach Angaben des Ministeriums ist noch nicht entschieden, was mit den eingegangenen, aber noch nicht bewilligten Anträgen auf Neubauför-

derung geschieht. Geprüft werde, ob die Förderbank ein Angebot zinsverbilligter Kredite zur Verfügung stellen könne. Bei der bisherigen Förderung gab es einen Tilgungs- oder Investitionszuschuss.

Beim Effizienzhaus 55 handle es sich um einen Baustandard, der sich längst am Markt durchgesetzt habe, so das Ministerium. „Wo Klimaschutz draufsteht, muss auch Klimaschutz drin sein“, so Graichen. „Aktuell fördern wir das Falsche, und dieses Geld fehlt dann bei tatsächlich wirksamen Klimaschutzmaßnahmen, beispielsweise bei der so wichtigen Gebäudesanierung. Das kann nicht so weitergehen.“

Fördermittel sollten künftig dort gezielt eingesetzt werden, wo die CO₂-Einsparung am höchsten sei. Dies sei im Gebäudebereich vor allem bei Sanierungsmaßnahmen der Fall. Es habe von der schwarz-roten Vorgängerregierung eine „massive klimapolitische und fiskalische Fehlsteuerung“ gegeben.

SPD, Grüne und FDP hatten im Koalitionsvertrag angekündigt, die Neubaustandards verschärfen zu wollen. Im Wirtschaftsministerium war mit Blick auf die nun gestoppten Förderprogramme von „Altlasten“ die Rede.

Die Entscheidung des Förderstopps löste viel Kritik aus. Dadurch

könnten rund 300.000 Wohnungen in Deutschland nicht wie geplant gebaut oder modernisiert werden, hieß es beim Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW. Der Zentrale Immobilien Ausschuss sprach von einem „Nackenschlag“ für die energetische Sanierung. Viele Unternehmen hätten darauf vertraut, die für die Gebäudeförderung bereitgestellten finanziellen Mittel für ihre aktuellen und bereits in Planung befindlichen Projekte nutzen zu können. Das Ziel von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr rücke in weite Ferne.

Der Bundesverband Deutscher Fertigbau betonte: „Dieser Schritt kommt in seiner Grundsätzlichkeit völlig überraschend und trifft die gesamte Bauwirtschaft ebenso wie unzählige Bauherren und Investoren.“ Plötzlich hingen viele Finanzierungen in der Luft.

„Schlechte Nachrichten für den Klimaschutz: Die Ampel hat ein wichtiges Förderprogramm zur energetischen Gebäudesanierung heute völlig überraschend gestoppt“, schrieb Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) auf Twitter. NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) sagte, die Entscheidung der Bundesregierung torpediere die Bezahlbarkeit des Wohnens sowie Maßnahmen beim öffentlichen Wohnungsbau. Tim-Oliver Müller vom Hauptverband der Deutschen Bauindustrie kritisierte: „Ein kurzfristiger Förderstopp ohne klare Perspektive, wie es weitergeht, ist fatal und wird zahllos, bereits in der Pipeline befindliche Projekte aushebeln.“

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch